



MIGRATION UND BEVÖLKERUNG

Lehrstuhl Bevölkerungswissenschaft

Ausgabe 1

Humboldt-Universität zu Berlin

Januar 1998



Wozu dieser Newsletter?

“Migration und Bevölkerung” informiert über neue Ergebnisse der Migrationsforschung und über aktuelle Themen der Migrationspolitik. Darüber hinaus finden sich im Newsletter ausgewählte Zahlen und Fakten zu internationalen Wanderungen, der Situation von Immigranten und zu Bevölkerungsfragen.

Migrationen. Gerade für Deutschland halten wir es für sinnvoll, den Vergleich zu den USA zu ziehen. Denn weltweit sind die USA das wichtigste Zielland internationaler Wanderungen. Deutschland folgt in dieser Rangliste auf Platz zwei.

Der Newsletter “Migration und Bevölkerung” des Lehrstuhls Bevölkerungswissenschaft der Humboldt-Universität wird in Zukunft voraussichtlich sechsmal pro Jahr in einer gedruckten Ausgabe erscheinen. Daneben gibt es auch eine Fassung auf unserer Homepage die laufend aktualisiert wird und ungefähr den doppelten Umfang hat. Sie ist unter der Adresse www.demographie.de unter dem Stichwort *Newsletter* zu finden.

Bei der Berichterstattung über die USA kooperieren wir mit “Migration News”, einem Newsletter, der vom Migrationsforscher und Ökonomen Phil Martin an der University of California, Davis herausgegeben wird. Sowohl “Migration und Bevölkerung” als auch “Migration News” erscheinen mit finanzieller Unterstützung des *German Marshall Funds*. Dies ermöglicht es, unseren Newsletter allen Interessierten derzeit kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Wir hoffen, daß “Migration und Bevölkerung” bei all jenen Anklang findet, die das Thema Migration aus beruflichen oder politischen Gründen interessiert. Anregungen, Kritik und Widerspruch sind willkommen.

Rainer Münz
Ralf Ulrich

Mit der Veröffentlichung dieser Informationen verfolgen wir zwei Ziele. Zum einen wollen wir aktuelle Daten aus Forschung und amtlicher Statistik all jenen rasch zugänglich machen, die sich für das Thema “Migration” interessieren. Zum anderen wollen wir relevante Informationen so verständlich wie möglich aufbereiten. Nur so können sie auch außerhalb von Expertenkreisen aufgegriffen werden.

Der Schwerpunkt unserer Berichterstattung liegt bei deutschen, europäischen und US-ame-

Inhalt:

| | |
|--|------|
| Deutschland: Streit um die Neuregelung des Einbürgerungsrechts | S. 1 |
| Deutschland: Kanther fordert “Warndatei” | S. 2 |
| Deutschland: Bevölkerungsprognose zur ausländischen Bevölkerung | S. 3 |
| USA / Kalifornien: Bericht zu den Auswirkungen von Zuwanderung | S. 4 |
| Österreich: Einwanderungsquoten für 1998 | S. 5 |
| UNHCR-Bericht: Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt | S. 5 |
| Frankreich: Automatische Staatsbürgerschaft für ausländische Jugendliche | S. 6 |

Zusätzlich in der Internetausgabe:
(www.demographie.de/newsletter/aktuell.htm)

| | |
|--|--|
| USA: Aktuelle Zuwanderungsdaten und Umfrageergebnisse | |
| USA: Immigranten für die High-Tech-Industrie | |
| USA / Kalifornien: Zweisprachiges Ausbildungssystem umstritten | |
| GUS: Migration zwischen und aus den GUS-Staaten | |
| Italien: Rückführung albanischer Flüchtlinge | |

Deutschland: Streit um das Staatsbürgerschaftsrecht

Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages hat in seiner Sitzung vom 10. Dezember 1997 die Anträge der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und des Bundesrates zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts mit der Geschäftsordnungsmehrheit von CDU/CSU und FDP von der Tagesordnung abgesetzt. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen kritisierte die erneute Verzögerung einer Entscheidung als “Strategie des Vertagens, Verschiebens und Aussitzens”. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom November 1997 hatte zum Ziel,

daß Ausländerkinder mit Geburtsort in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten sollten, sofern sich die Eltern legal und dauerhaft in Deutschland aufhalten. Im Alter zwischen 18 und 21 Jahren hätten sich diese Doppelstaatsbürger für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden müssen. Der auf Initiative von Rheinland-Pfalz im Sommer 1997 zustande gekommene Antrag des SPD-dominierten Bundesrates, der ebenfalls im Innenausschuß des Bundestages debattiert werden sollte, bezieht sich

nur auf Ausländerkinder, deren Eltern bereits in Deutschland geboren sind.

Seit Mitte Oktober 1997 gibt es in Bonn intensive Auseinandersetzungen um die Einführung einer doppelten Staatsangehörigkeit für in Deutschland geborene Ausländerkinder. Grüne, SPD, FDP und eine Gruppe in der CDU machen sich schon seit längerem für eine entsprechende Änderung des Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrechts stark. Die CSU und die Mehrheit in der CDU, einschließlich Bundeskanzler Kohl und Innenminister Kanther, lehnen eine Liberalisierung nach wie vor strikt ab.

Für die Befürworter der Reform ist der deutsche Paß wesentliche Voraussetzung für die Integration der in Deutschland geborenen Ausländer. Die Gegner argumentieren, daß die deutsche Staatsbürgerschaft am Ende des Integrationsprozesses, nicht an seinem Beginn stehen müsse. Die CSU spricht sogar von "Zwangseindeutschung".

Doppelte Staatsangehörigkeit wird in Deutschland schon lange diskutiert. Sie wird zwar von führenden Politikern der Unionsparteien grundsätzlich abgelehnt, spielt in der Realität aber eine bedeutende Rolle. Nach Angaben des *Verbandes binationaler Familien* haben ungefähr 2 Mio. Deutsche einen zweiten Paß.

Aufgrund der derzeitigen politischen Konstellation hat die geforderte vorläufige doppelte Staatsangehörigkeit bis zum 18. oder 21. Lebensjahr für in Deutschland geborene Ausländerkin-

der keine Chance auf Verwirklichung. Während die Nichtaufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit bei deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa und Zentralasien einer Einbürgerung nicht entgegensteht, ist sie für in Deutschland geborene Ausländer zumeist noch notwendige Voraussetzung.

Die wesentlichen Argumente der Gegner einer doppelten Staatsangehörigkeit sind:

- die Gefahr von Loyalitätskonflikten, unter anderem auch die Frage, wo der Wehrdienst zu leisten ist;
- das Abkommen des Europarates zur Vermeidung von Doppelstaatsangehörigkeit von 1963. (Allerdings änderte der Europarat inzwischen seine Leitlinie und legte im Herbst 1997 ein Abkommen zur Erleichterung doppelter Staatsangehörigkeit vor. Dieses neue Abkommen wurde bis Dezember 1997 von 15 Ländern unterzeichnet, nicht jedoch von Deutschland.)

CDU und CSU wenden ihre Position zur Doppelstaatsbürgerschaft bislang nicht auf Aussiedler an, wenn diese nicht bereit sind, ihre bisherige Nationalität aufzugeben. CDU und CSU fordern keine Einschränkung der Einbürgerung von Aussiedlern unter diesen Umständen.

Die Befürworter der Doppelstaatsbürgerschaft argumentieren, daß Loyalitätskonflikte im Regelfall gar nicht auftraten. Die Frage des Wehrdienstes ließe sich unproblematisch per Staats-

Fortsetzung auf S. 6

Deutschland: Kanther fordert "Warndatei"

Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) brachte Anfang Dezember einen Gesetzesentwurf zur Ergänzung des Ausländerzentralregisters ein. Er sieht vor, eine "Warndatei" einzurichten, die alle Personen erfassen soll, die im Bereich Schleuserkriminalität auffällig werden oder gegen das Ausländergesetz verstoßen.

Mit Hilfe dieser Datei sollen "unerwünscht Einreisende schon in ihrem Heimatland oder an der Grenze" gestoppt werden. Auch Deutsche sollen erfaßt werden, die sich verpflichten, die Kosten für den Aufenthalt und die Ausreise eines Ausländers zu tragen, diesen Verpflichtungen jedoch später nicht nachkommen. Informationen aus dieser Datei sollen Sozialämtern, der Polizei sowie Botschaften und Konsulaten zur Verfügung gestellt werden, um "den Mißbrauch von Sozialleistungen verstärkt zu bekämpfen".

Außerdem fordert Kanther die Aufzeichnung persönlicher Daten von Asylbewerbern auf einer "Asyl-Card", um das Asylverfahren in den zuständigen Behörden zu beschleunigen.

Der *Bundesdatenschutzbeauftragte* Joachim Jacob äußerte Kritik an Kanthers Vorstoß. Er hält den Eintrag deutscher Bürgen in die "Warndatei" für "höchst bedenklich und auch verfas-

sungsrechtlich schwierig". Die Erfassung könnte Personen betreffen, die durch die Einladung eines Ausländers plötzlich vor unvorhergesehenen Kosten stehen, z.B. im Falle eines Krankenhausaufenthaltes. Außerdem könnten deutsche Bürgen auch dann erfaßt werden, wenn sie von dem Asylbegehren ihres Gastes nichts wußten.

Diese Bedenken teilt auch die Flüchtlingshilfsorganisation *Pro Asyl* und weist in einer Presseerklärung auf weitere Probleme hin. Besonders problematisch sei die Speicherung der Daten von Personen, die bei der Beantragung eines Visums angeblich oder tatsächlich gefälschte Dokumente vorgelegt hatten. Da die Verweigerung eines Visums nicht begründungspflichtig ist, können Antragsteller Fälschungsvorwürfe nicht widerlegen und würden aufgrund eines nicht näher spezifizierten Verdachts in der Warndatei gespeichert werden. "Sie müssen dann fürchten, künftig auch in anderen Schengen-Staaten ohne Angabe von Gründen kein Visum erhalten zu können", so *Pro Asyl*. Auch die Erfassung von Personen, die des Schleusens verdächtig sind, hält *Pro Asyl* für "rechtsstaatlich fragwürdig", da ein tatsächlicher Tatbestand nicht gegeben sein müsse. *sta*

Deutschland: Bevölkerungsprognose zur ausländischen Bevölkerung

Die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik könnte in den nächsten 30 Jahren auf das Doppelte wachsen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Bevölkerungsprognose, die von Rainer Münz und Ralf Ulrich am Lehrstuhl Bevölkerungswissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin erstellt wurde. Die Autoren gehen von einer detaillierten Analyse der Zuwanderungen der vergangenen 50 Jahre aus. Für 5 Gruppen von ausländischen Zuwanderern (und für Aussiedler) entwickeln sie in 3 Szenarien Annahmen über die zukünftigen Wanderungen.

Das *niedrige Szenario* unterstellt eine Abschwächung der Attraktivität Deutschlands als Wanderungsziel durch eine geringe oder völlig ausbleibende Arbeitskräftenachfrage und eine restriktivere Handhabung aller Zuwanderungsbestimmungen. Auch unter diesen Bedingungen würde die jährliche Netto-Zuwanderung

kaum unter insgesamt 80.000 Personen sinken. Dies war die Größenordnung des westdeutschen Wanderungssaldos zwischen Mitte der 70er Jahre und Mitte der 80er Jahre. In dieser Periode war sowohl eine Netto-Zuwanderung, als auch –

gesamt 220.000 deutschstämmige Zuwanderer jährlich aus.

Die wahrscheinlichste Entwicklung bildet das *mittlere Szenario* ab. Seine Zuwanderungswerte (Saldo +190.000 Zuwanderer jährlich) liegen geringfügig über dem Gesamtdurchschnitt der letzten 35 Jahre, jedoch deutlich unter der Werten der Periode 1986-1995. Dies ergibt sich aus dem angenommenen Rückgang der Zuzüge aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, dem unterstellten Ausbleiben großer Zuströme aus Ostmittel- und Osteuropa (inkl. GUS-Staaten) und durch die Annahme weiterhin niedriger Asylbewerberzahlen auf dem Niveau der Jahre 1994/95. Mit größeren Wanderungsströmen im Gefolge von militärischen Auseinandersetzungen oder Bürgerkriegen wird dabei nicht gerechnet.

Die Größe der ausländischen Bevölkerung ist neben Wanderungen und Geburten- und Sterbefällen auch durch die Einbürgerungen bestimmt. Zwar ändert sie nichts an der Größe der insgesamt in Deutschland lebenden Bevölkerung, sehr wohl aber an der Relation von Ausländern und Deutschen. Für alle drei bisher genannten Wanderungsszenarien wurde eine jährliche Einbürgerung von 60.000 Ausländern angenommen. Ein *viertes Szenario* der Autoren rechnet mit doppelt so vielen Einbürgerungen (120.000 pro Jahr) wie in den drei anderen Szenarien und geht sonst von den Annahmen des mittleren Szenarios aus.

Die errechnete Bevölkerungsprognose zeigt als zentrales Ergebnis aller Szenarien: In Deutschland wird es in den nächsten 20 bis 30 Jahren zu einem beträchtlichen Anstieg der ausländischen Bevölkerung kommen. Dies wird selbst dann der Fall sein, wenn die zukünftigen Zuwanderungen deutlich zurückgehen. Nach dem mittleren Szenario (Saldo +190.000 Zuwanderer jährlich) würde die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer (1997: 7,3 Mio.) sich bis zum Jahre 2030 auf 12,6 Mio. erhöhen. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung würde von gegenwärtig 8,8% auf 16,9% steigen.

Würden jährlich doppelt so viele Ausländer eingebürgert (alle anderen Annahmen wie im mittleren Szenario), so stiege der Ausländeranteil bis 2030 nur auf 14,6% an (absolut: 10,9 Mio. Ausländer, *viertes Szenario mit hoher Einbürgerung*). Falls die Zuwanderung von Ausländern so hoch bleibt wie in den letzten 10 Jahren (*hohes Szenario*: Saldo +300.000 Personen jährlich) würde die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer bis 2030 auf 16,6 Mio., der Ausländeranteil auf 20,5% steigen. Selbst bei starker Begrenzung der Ausländerzuwanderungen (Saldo +80.000 Personen jährlich, *niedriges Szenario*) würde die Größe der ausländischen Bevöl-

bedingt durch die Rezession Anfang der 80er Jahre – eine Phase mit Netto-Wanderungsverlusten enthalten.

In dem *hohen Szenario* würde die öffentliche Akzeptanz für Zuwanderung in Deutschland erheblich wachsen, oder eine größere Zahl von Menschen würde vor Konflikten oder Verfolgung nach Deutschland fliehen (Saldo +300.000 Zuwanderer jährlich, dies entspricht dem Durchschnitt der letzten Jahre). Wenn es zu Konflikten in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion käme, dann wäre auch ein Anstieg des Zuzugs von Aussiedlern und ihren nicht-deutschen Angehörigen nach Deutschland denkbar. Für diesen Fall gehen die Autoren von einem Anstieg auf ins-

Prognose zum Wachstum der ausländischen Bevölkerung in Deutschland bis 2030

| | niedriges Wanderungsszenario in 1.000 | mittleres Wanderungsszenario | hohes Wanderungsszenario | Einbürgerungs- szenario |
|--|---|---------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| <i>Ausländer</i> | | | | |
| 1995 | 7.118 | 7.118 | 7.118 | 7.118 |
| 2015 | 8.801 | 10.618 | 12.496 | 9.933 |
| 2030 | 8.739 | 12.649 | 16.626 | 10.894 |
| <i>Deutsche</i> | | | | |
| 1995 | 74.165 | 74.165 | 74.165 | 74.165 |
| 2015 | 68.878 | 69.747 | 71.830 | 70.432 |
| 2030 | 61.216 | 62.197 | 64.554 | 63.952 |
| <i>Gesamt</i> | | | | |
| 1995 | 81.283 | 81.283 | 81.283 | 81.283 |
| 2015 | 77.679 | 80.365 | 84.326 | 80.365 |
| 2030 | 69.955 | 74.846 | 81.180 | 74.846 |
| <i>Ausländer in % der Gesamtbevölkerung Deutschlands</i> | | | | |
| 1995 | 8,8 | 8,8 | 8,8 | 8,8 |
| 2015 | 11,3 | 13,2 | 14,8 | 12,4 |
| 2030 | 12,5 | 16,9 | 20,5 | 14,6 |

Schätzungen und Berechnungen der Autoren

Fortsetzung von S. 3
Deutschland:
Bevölkerungsprognose
zur ausländischen
Bevölkerung

kerung bis 2030 auf 8,7 Mio., der Ausländeranteil bundesweit immerhin auf 12,5% ansteigen. In allen Szenarien wächst die ausländische Bevölkerung auch aufgrund des Geburtenüberschusses der Ausländer. Er wird bis 2030 voraussichtlich verschwinden. Denn auch die ausländische Bevölkerung altert demographisch. Damit steigt die Zahl der Sterbefälle. Altersstruktur und Kinderzahl der Ausländer nähern sich den Werten der deutschen Bevölkerung an. Die Bevölkerungsprognose der Autoren macht deutlich, daß Zuwanderung in politisch und ökonomisch "machbarer" Größenordnung den Alterungsprozeß der Bevölkerung in Deutschland nur bremsen, jedoch nicht aufhalten kann.

Zuwanderung aus dem Ausland erfolgt vor allem in die größeren Städte. Ein bundesweiter Ausländeranteil von 17 bis 20% bedeutet daher: In einer Reihe von Städten dürfte der Ausländeranteil auf über 40% steigen. Zu erwarten ist dies z.B. für Frankfurt/Main, Hamburg und München.

Die prognostizierte Entwicklung bedeutet, daß im Jahr 2030 rund ein Sechstel der Wohnbevölkerung Deutschlands (in einigen Städten sogar fast die Hälfte der Einwohner) von staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten ausgeschlossen sein könnte. Das gilt für das Wahlrecht ebenso wie für Wehrpflicht oder Zivildienst. *ru*

Wesentliche Ergebnisse der Untersuchung sind veröffentlicht in: *Rainer Münz, Wolfgang Seifert, Ralf Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag 1997, 204 Seiten, 40 Abbildungen, 33 Tabellen, ISBN 3-593-35714-3, 29,80 DM.*

Technische Details der Untersuchung sind ausführlicher dargestellt in: *Rainer Münz, Ralf Ulrich: Das zukünftige Wachstum der ausländischen Bevölkerung in Deutschland. Demographische Prognosen bis 2030. Demographie aktuell Nr. 12. Berlin: Lehrstuhl Bevölkerungswissenschaft der Humboldt Universität, 1997*

online unter: www.demographie.de

USA / Kalifornien: Bericht zu den Auswirkungen von Zuwanderung

Die *Rand Corporation* veröffentlichte im September 1997 einen Bericht, der die Auswirkungen der Zuwanderung in Kalifornien untersucht. Die Vereinigten Staaten werden darin aufgefordert, die Zuwanderung in Anpassung an die Arbeitslosigkeit und andere Indikatoren der Aufnahmekapazität auf 300.000 bis 800.000 Personen pro Jahr zu beschränken. Der Bericht legt nahe, bei den Zulassungskriterien von der bisherigen Präferenz für Migranten mit familiären Beziehungen zu US-Bürgern Abstand zu nehmen, und zwar zugunsten von Personen mit höherer Bildung und besseren Englischkenntnissen. Ferner wird empfohlen, daß die Regierung illegale Zuwanderung besser kontrollieren sollte. Weiterhin soll sie "die besondere Beziehung zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten anerkennen und die Zusammenarbeit mit Mexiko zu Zuwanderungsfragen ausbauen". Zusätzlich wird vorgeschlagen, daß die USA die Zahl legaler Zuwanderungsmöglichkeiten für Mexikaner im Austausch für Hilfe von mexikanischer Seite bei der Verringerung illegaler Grenzübertritte erhöhen sollte.

Es wird hervorgehoben, daß zwischen den Tätigkeiten, die ein bestimmtes Bildungs- und Qualifikationsniveau voraussetzen, und dem Zustrom an Einwanderern mit geringer Bildung ein erhebliches Mißverhältnis besteht. Zum Beispiel gab es 1995 2,5 Mio. Arbeitsplätze in Kalifornien, die nur eine geringe Ausbildung erforderten. Das entspricht etwa der Zahl von 1970. "Wie sich zeigt, gibt es eine zunehmende Divergenz zwischen den aktuellen Trends in der Wirt-

schaft und den Einwanderungsbestimmungen, die einen unablässigen Zustrom von Einwanderern mit geringem Bildungsgrad erzeugen." Die Autoren schätzen, daß zwischen 1970 und 1995 "in 85% aller neuen Jobs in Kalifornien Personen arbeiteten, die mehr als eine 12jährige Schulbildung Ausbildung erhalten haben". 1990 brachten jedoch mexikanische Zuwanderer im Erwachsenenalter im Durchschnitt lediglich eine 7,5jährige Schulausbildung mit sich. Dem Rand-Bericht zufolge "war Zuwanderung schon immer eine Mischung aus Nutzen und entstehenden Kosten. In Kalifornien [...] überwiegt zunehmend der Kostenfaktor". Die Hauptlast für den Bundesstaat besteht darin, die Ausbildung für Zuwanderer und ihre Kinder zu finanzieren. Der Bericht legt nahe, daß die US-Regierung *revenue sharing* einführen sollte, ein System, in dem staatliche Einnahmen auf die einzelnen Bundesstaaten entsprechend ihrer Belastung verteilt werden. So könnten die entstehenden Kosten für zusätzliche Bildung und Dienstleistungen für Immigranten gedeckt werden. Weiterhin solle Kalifornien den Einwanderern bei der Einbürgerung helfen. Der Staat solle auch ein Büro für Zuwanderungsfragen einrichten.

aus: *Migration Newsletter 10/97*

McCarthy, Kevin F. and Georges Vernez. 1997. Immigration in a Changing Economy: California's Experience. Santa Monica. Rand.

online: www.rand.org, e-mail: order@rand.org,
Fax 001-310-4516915, Tel. 001-800-4626420.

Österreich: Einwanderungsquoten für 1998

Seit 1993 verfügt Österreich als einziges Land in Europa über ein Einwanderungsgesetz, das die Zuwanderung nach Zahl und Kategorie der Immigranten regelt. Die Quoten werden per Verordnung der Bundesregierung jährlich neu festgelegt. Für 1998 ist eine Neuzuwanderung von 8.660 Personen vorgesehen. Gegenüber 1997 bedeutet dies eine Halbierung der Niederlassungs-

quoten. Diese Quoten begrenzen nur die Zuwanderung aus Staaten, die nicht zur EU oder zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), wie Norwegen, Island und Liechtenstein, gehören. Wie auch in Deutschland besteht für EU- und EWR-Bürger Niederlassungsfreiheit.

Im Gegensatz zu 1997 wird ab 1998 die Zahl der gemeinsam zuwandernden Familienangehörigen bei Schlüsselkräften (ausländische Manager, hochqualifizierte Spezialisten) und anderen Arbeitsmigranten mit in die Quote eingerechnet. Der Anspruch auf (sofortigen oder späteren) Familiennachzug muß beim Antrag auf Zuwanderung nach Österreich sofort geltend gemacht werden. Sobald die Quote durch Angehörige aufgefüllt ist, soll es im laufenden Jahr auch keinen Neuzug von Arbeitsmigranten mehr geben.

Eine wesentliche Veränderung betrifft den allgemeinen Familiennachzug. Dabei geht es um die Zuwanderung von Ausländern, deren Ehepartner bzw. Eltern bereits legal in Österreich leben. Die Quoten für 1998 wurden gegenüber 1997 halbiert. Für jene Ausländer, die im Prinzip Anspruch auf Familiennachzug haben, verlängert sich die Wartezeit dadurch erheblich. Verbesserungen gibt es allerdings für ausländische Ehepartner von Österreichern: Sie fallen 1998 nicht mehr unter die Quote für Familiennachzug und dürfen nun sofort nach Österreich einwandern. Ausländische Studenten wurden für 1998 ebenfalls nicht mehr quotiert. Reduziert wurde für 1998 die Zahl der zugelassenen Saisonarbeitskräfte. Viele von ihnen kommen jedoch de facto nicht aus dem Ausland, sondern rekrutieren sich aus jenen Ausländern in Österreich, die keinen legalen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. *rm*

| Zuwandererkategorie | Quoten 1998 | zum Vergl.: 1997 |
|--|------------------------------|---------------------|
| Schlüsselkräfte (inkl. Familienangehörige) | 1.830 | |
| Schlüsselkräfte (exkl. Familienangehörige) | | 1.610 |
| sonstige Arbeitsmigranten (inkl. Familienangehörige)* | 930 | |
| Familiennachzug (Ehepartner, Kinder 0-14 J.)** | 4.600 | 10.320 |
| Familiennachzug (Jugendliche 15-19 J.)* | 550 | |
| Restquote | 650 | 4.130 |
| Studenten | keine Quotierung für 1998 | 2.340 |
| Pendler | 100 | |
| Saisonarbeitskräfte | 4.000 | 5.000 |
| Niederlassungsquoten insgesamt (ohne Studenten und Saisonarbeitskräfte) | 8.660 | 16.060 |

Ann.: * Sonstige Arbeitsmigranten und Jugendliche (15-19 J.) sind 1997 in der Restquote enthalten.
** Ausländische Ehepartner von Österreichern werden 1998 nicht mehr quotiert.

Quelle: Österreichisches Bundesministerium für Inneres

UNHCR-Bericht: Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt

Am 8. Dezember legte das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) in Genf die neueste Ausgabe seines Bericht vor, der alle zwei Jahre erscheint. Unfreiwillige Migration, deren Auswirkungen und mögliche politische Maßnahmen sind die Hauptthemen des rund 300 Seiten umfassenden Berichts.

Bürgerkriege, zwischenstaatliche Auseinandersetzungen, politische Verfolgung und Terror zwingen Millionen von Menschen weltweit zur Flucht. Hierbei spricht man von Zwangsmigration. Die Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen betreute 1997 rund 22 Mio. der insgesamt rund 50 Mio. Flüchtlinge und Vertriebenen. Der überwiegende Teil (58%) sind Flüchtlinge im traditionellen Sinne, d.h. Menschen, die ihr Heimatland verlassen haben. Bei der zweitgrößten Gruppe (21%) handelt es sich um Binnenflüchtlinge – Menschen, die innerhalb ihres Landes fliehen. Auch Rückkehrer (15%) und andere Gruppen (6%), wie zum Beispiel Staatenlose, werden vom UNHCR betreut. Den Schwerpunkt der Flüchtlingsbetreuung bildet nach wie vor das subsaharische Afrika (7,8 Mio.), gefolgt

vom Nahen Osten, Nordafrika und Südwestasien (insgesamt 5,3 Mio.), Europa (5 Mio.), Ex-Jugoslawien (2,16 Mio.), Asien und den Pazifikstaaten (insgesamt 1,6 Mio.) sowie Amerika und der Karibik (insgesamt 880.000 Personen).

Deutschland hat in den vergangenen Jahren weltweit die meisten Flüchtlinge aufgenommen (1996: 24.000), gefolgt von den Vereinigten Staaten (1996: 16.600) und Kanada (1996: 9.541).

Laut Flüchtlingsbericht nimmt die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen weltweit ab: "Mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit kann prognostiziert werden, daß die Staaten immer weniger bereit sein werden, Flüchtlingen ihre Grenzen zu öffnen und ihnen wirksamen Schutz zu bieten. [...] Im allgemeinen hat sich mittlerweile [...] der Trend zur Ausgrenzung sowohl in den reichen als auch in den armen Regionen der Welt durchgesetzt." Aufgrund zunehmend asylfeindlicher Stimmungen in den westlichen Ländern ist es ferner unwahrscheinlich, daß Flüchtlingen ausreichend lange Asyl gewährt wird. Die Aufnahmeländer werden eher auf eine rasche (mitunter verfrühte) Rückkehr von Flüchtlingen

Fortsetzung von S. 5
UNHCR-Bericht

in ihr Herkunftsland drängen. Das UN-Flüchtlingskommissariat geht deshalb davon aus, daß die Zahl der Binnenvertriebenen in Zukunft weiter ansteigen wird.

Abschließend appelliert der Bericht an die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, verstärkt humanitäre Hilfe mit nachhaltigem Engagement zu verbinden, die Fluchtursachen

in der Welt zu beseitigen sowie den notleidenden Bevölkerungsgruppen langfristig Unterstützung zuzusichern. *as*

Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt: UNHCR-Report 1997-98. Erzwungene Migration: Eine humanitäre Herausforderung. Bonn: Dietz, 1997, ISBN 3-8012-0257-7, 44,- DM, über den Buchhandel erhältlich

Frankreich: Automatische Staatsbürgerschaft für ausländische Jugendliche

Im Dezember 1997 beschloß die französische Nationalversammlung die Revision des Staatsbürgerschaftsrechts. Die seit Mitte 1997 amtierende Linksregierung unter Lionel Jospin erfüllte damit eines ihrer Wahlversprechen. Wie schon vor 1993 erhalten in Zukunft in Frankreich geborene oder zumindest dort aufgewachsene ausländische Kinder im Alter von 18 Jahren automatisch die französische Staatsbürgerschaft. Nur wer ausdrücklich verzichtet, fällt in Zukunft nicht unter diese Regelung und behält die Staatsbürgerschaft der Eltern. Vor der Revision mußten in Frankreich geborene Kinder ausländischer Eltern die französische Staatsbürgerschaft im Alter zwischen 16 und 21 Jahren ausdrücklich beantragen.

Fortsetzung von S. 2
Deutschland:
Streit um das Staatsbürgerschaftsrecht

vertrag lösen. Ferner zeige die Praxis deutlich, daß sich auch Doppelstaatsbürger problemlos integrieren ließen und ihr Status für die Gesellschaft bisher kein Problem darstelle.

Unter den Parlamentariern gibt es eine deutliche Mehrheit für die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts: SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die Mehrheit in der FDP und 30 bis 40 CDU-Abgeordnete befürworten eine Reform. Es gibt jedoch keine Mehrheit in der Koalition. Und da die FDP die Koalition an der Staatsangehörigkeitsfrage nicht scheitern lassen möchte, gelingt es der CSU und der CDU-Mehrheit, eine Änderung zu verhindern. Die von einigen Politikern, unter anderem von Heiner Geißler, vorgeschlagene Aufhebung des Fraktionszwanges ("Gewissensentscheidung") konnte sich aufgrund massiver Opposition der CSU in dieser Frage nicht durchsetzen.

Sowohl die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts als auch die Reformen bei Einwanderungsbestimmungen und Ausländerrecht gehen auf Vorschläge des französischen Politikwissenschaftlers Patrick Weil zurück. Der sogenannte Weil-Bericht lag dem Premierminister im September 1997 vor. Der vierteilige Bericht enthielt 130 Änderungsvorschläge zum französischen Asylrecht, den Einwanderungsbestimmungen und ihrer Durchsetzung sowie zur Begrenzung illegaler Einwanderung. *as*

Patrick Weil: Mission d'étude des législations de la nationalité et de l'immigration. Rapports au Premier ministre. Paris 1997. ISBN 2-11-003851-9

Bereits 1990 hatten sich die Koalitionsparteien CDU, CSU und FDP eine Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts vorgenommen. Die letzten größeren Reformen traten 1993 in Kraft:

- Seither haben zwei Personengruppen Anspruch auf Einbürgerung:
- Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 15 Jahren in Deutschland;
 - junge Ausländer im Alter zwischen 16 und 23 Jahren mit mindestens acht Jahren Aufenthalt und Schulbesuch in Deutschland.

Voraussetzung ist, daß sie ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben und nicht strafällig geworden sind. Zu einer Fortsetzung dieser Reformbestrebungen wird es voraussichtlich erst in der wahlkampffreien Zeit nach der nächsten Bundestagswahl kommen.

Christian Dornis, Lehrstuhl Bevölkerungswissenschaft, Humboldt-Universität Berlin

Impressum

Migration und Bevölkerung (unentgeltlich)

Herausgeber und Verlag:

Lehrstuhl Bevölkerungswissenschaft, Humboldt-Universität Berlin, 10099 Berlin

Tel. (030) 20931918, Fax: (030) 20931432, e-mail: MuB@sowi.hu-berlin.de

Homepage: www.demographie.de, online-Ausgabe: www.demographie.de/newsletter/aktuell.htm

Redaktion: Ralf Ulrich (V.i.S.d.P.), Rainer Münz, Stefan Alscher, Ralf Empl, Diane Opitz, Antje Scheidler

Die Herausgabe des Newsletters *Migration und Bevölkerung* wird vom German Marshall Fund (GMF) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht des GMF wieder. Der Abdruck von Artikeln, Graphiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt.

Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Der Newsletter wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt.